

Vorwort

Der auf Menschen mit Behinderungen oder mit besonderen Bedürfnissen bezogene Begriff *Inklusion* hat es gegenwärtig zu einer auffallenden Geltung auch in der allgemeinen Öffentlichkeit gebracht. Er steht für mehr und konsequente Gemeinsamkeit des Lebens, Lernens, Spielens und Arbeitens der Menschen, seien sie behindert oder nicht. Er ist derart „in“, dass er geradezu als *selbstverständlich* gültig erscheint und man sich fragen kann, warum er überhaupt noch eigens diskutiert werden müsse, um ihn in Wirklichkeit umzusetzen. Es gibt aber auch andere, vor allem solche, die aus eigener Erfahrung um die Vielfalt der Probleme behinderten Lebens und Lernens wissen, die nun besorgt sind, ob das Unternehmen auch *für alle* gelingen könne. Wiederum andere, vor allem solche, die sich bisher schon um mehr Gemeinsamkeit bemüht hatten und dabei den Leitbegriff der *Integration* verwendet hatten, fragen, was eigentlich neu sei am Begriff „Inklusion“.

Es ist ein ausgesprochen *heißes Thema*, d. h., es ist hoch aufgeladen mit z. T. gegensätzlichen *Emotionen*. Die einen verbinden mit ihm *Hoffnung* und die Erfüllung eines *Traumes*, nämlich das Ende der schulischen Separation und der vielfältigen Barrieren in der Lebenswelt von Menschen mit Behinderungen; die anderen trauen den Verheißungen nicht recht und sehen unberechenbare Risiken für die Zukunft. Als Wissenschaftler, der um Objektivität und Realitätsanalyse bemüht sein muss, bewegt man sich bei diesem Thema quasi auf einem ideologischen *Minenfeld*.

Aktueller Anlass für diese Diskussion ist zum einen der internationale Spitzenwert der Förderschulbesuchsquote in Deutschland und zum anderen die seit 2009 auch in Deutschland gesetzlich verbindliche Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen. Sie verpflichtet den Staat, d. h. die Bundesländer, ein „integratives Bildungssystem“ zu schaffen, wie es im deutschen Gesetzestext heißt. Was dies im Einzelnen bedeutet, ist umstritten. Während die einen von „einer Schule für alle“ träumen und dies mit der Abschaffung der Förderschulen gleichsetzen, ersetzen andere lediglich das Adjektiv „integrativ“ durch „inklusiv“ und gedenken, den bisherigen „integrativen“ Kurs fortzuführen bzw. zu optimieren. An sich ist *die allgemeine Schule der eigentliche Adressat* des neuen Gesetzes. Bis jetzt bewegt sich diese aber relativ wenig. Sieht sie sich dazu nicht in der Lage? Es muss zu denken geben, wenn es nach wie vor fast ausschließlich Sonderpädagogen sind, die sich für ein inklusives Schulsystem einsetzen.

Eine Klärung der Situation samt kontrovers geführter Debatte, unklarer Begriffe und potenziell offener praktischer Folgerungen ist notwendig. Da die beiden Hauptbegriffe Integration und Inklusion inhaltlich Analoges meinen und beide nach wie vor in analogem Sinne gebraucht werden, sollen sie hier in einer Koppelung als „Integration/Inklusion“ bzw. „integrativ/inklusiv“ verwendet werden. Aus heilpädagogischer Sicht geht es vor allem darum, dass der nun beginnende inklusive oder integrative Umbauprozess des Bildungssystems in einer Weise erfolgt, dass Kinder und Jugendliche mit erheblichen Lernproblemen wirklich zu ihrem Recht kommen und nicht samt ihren Eltern und Lehrern Opfer einer Illusion werden, indem man die Schulen mit ihren Aufgaben und Problemen allein lässt. Schließlich sind die Rahmenbedingungen der Schule weithin von den Prioritäten abhängig, die von der Gesellschaft gesetzt werden.

Es geht in diesem Buch um den Versuch, trotz der Vielfalt und Gegensätzlichkeit der Einstellungen, Theorien und Ideen einen verantwortbaren Konsens, das heißt allgemein akzeptable und praktikierbare Umsetzungsmöglichkeiten für Integration/Inklusion im Bildungssystem zu finden. Dass politische Eingriffe in das Bildungssystem am Elternwillen scheitern können, auch wenn sie wissenschaftlich und politisch wohlüberlegt und hinreichend begründet sind, zeigt die spektakuläre Ablehnung eines Beschlusses der Hamburgischen Bürgerschaft per Volksentscheid am 18.07.2010. Der Beschluss beinhaltete eine Verlängerung des gemeinsamen Lernens aller Kinder in der Grundschule um zwei Jahre und war von allen Parteien gebilligt worden. Was an diesem Fakt bemerkenswert erscheint, ist die Tatsache, dass Eltern aus ihrer starken Bindung an ihre Kinder und aus ihren familiären Wertesystemen heraus, mehr *emotional* entscheiden können als die Vertreter staatlicher und öffentlicher Interessen. Bezogen auf das Thema Integration/Inklusion dürfte daraus zu folgern sein, dass es darauf ankommen wird, politisch mehr auf Verständigung und vielfältige Lösungen zu setzen als apodiktisch eine Entweder-oder-Lösung zu vertreten, um diese gegebenenfalls per Gesetz durchzudrücken. Tragbare Lösungen für die Schule der Vielfalt lassen sich eher finden, wenn dabei die Vielfalt der Einstellungen auch in der Weise beachtet wird, dass man *das Eine tut, ohne das Andere lassen zu müssen*.

München, Juli 2010

Otto Speck